Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6944

20. 04. 90

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. April 1990 am Donnerstag, dem 26. April 1990

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Antretter (SPD)	28
Austermann (CDU/CSU)	13
Baum (FDP)	41, 42
Bindig (SPD)	18
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	1, 63
Dreßler (SPD)	19
Dr. Emmerlich (SPD)	34, 35
Frau Flinner (DIE GRÜNEN)	7, 8
Funke (FDP)	39, 40
Frau Ganseforth (SPD)	14, 15
Frau Hämmerle (SPD)	37, 38
Heyenn (SPD)	22, 23
Hinsken (CDU/CSU)	36
Dr. Hirsch (FDP)	45, 46
Irmer (FDP)	47, 48
Jäger (CDU/CSU)	31, 32
Jaunich (SPD)	20, 21
Kastning (SPD)	16, 17
Kreuzeder (DIE GRÜNEN)	9, 10
Lowack (CDU/CSU)	33
Lüder (FDP)	43, 44
Meneses Vogl (DIE GRÜNEN)	52, 53
Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	29, 30
Müntefering (SPD)	57, 58
Opel (SPD)	11, 12
Pfuhl (SPD)	59, 60
Dr. Pick (SPD)	55, 56
Richter (FDP)	49
Dr. Rose (CDU/CSU)	5, 6
Scherrer (SPD)	61, 62
von Schmude (CDU/CSU)	2, 3
Schreiner (SPD)	50, 51
Stahl (Kempen) (SPD)	24, 25
Stiegler (SPD)	4, 54
Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	26, 27

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei Autobesitzern mit einem Zweitwagen die Übertragung des einen Nummernschildes auf das andere Fahrzeug zu vereinfachen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

2. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mittel aus der Städtebauförderung häufig nicht nur für dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen, sondern auch für absolut überflüssige kostentreibende Begleitmaßnahmen verwendet werden?

3. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um künftig zu verhindern, daß mit Städtebauförderungsmitteln anstelle dringend notwendiger Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung und Verbesserung von Wohnraum, Maßnahmen durchgeführt werden, wie z. B. das Pflanzen überteuerter Bäume, das Aufreißen guter Asphaltstraßen, um Kopfsteinpflaster zu setzen, oder das Umgestalten von innerstädtischen Gartenanlagen auf Grund „moderner Architektenerkenntnisse"?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

4. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie ist der Stand der Gespräche mit den US-Streitkräften über eine Nutzungsvereinbarung über den Truppenübungsplatz Grafenwöhr, und gibt es Informationen der Bundesregierung über eine eventuell beabsichtigte Verminderung der US-Streitkräfte in Grafenwöhr?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Milchquotenregelung vor dem Hintergrund immer noch vorhandener Unzufriedenheit der Milchbauern?
6. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Lösungsmöglichkeit dieser Unzufriedenheit in der Handelbarkeit der Milchmengenquoten, und zwar noch vor der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes?
7. Abgeordnete **Frau Flinner** (DIE GRÜNEN)	Welche Konsequenzen für ihre Agrarpolitik zieht die Bundesregierung daraus, daß bei den Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte im Januar 1990 das Niveau von 1980 um 1,1% unterschritten, bei den Nahrungsmittelpreisen aber um 21,5% und bei den Lebenshaltungskosten sogar um 27,9% überschritten wurde?
8. Abgeordnete **Frau Flinner** (DIE GRÜNEN)	Welche Positionen vertritt die Bundesregierung bei den laufenden EG-Agrarpreisverhandlungen, und wieweit hat sie bereits einem „Kompromiß" zugestimmt (bzw. wird zustimmen), der für die Bauern weitere direkte und indirekte Preissenkungen und damit für viele eine direkte Existenzbedrohung bedeutet?
9. Abgeordneter **Kreuzeder** (DIE GRÜNEN)	Wie sollen bäuerliche Betriebe bei beständiger Senkung der Erzeugerpreise wirtschaftlich überleben können und den allgemeinen Preisverfall bei landwirtschaftlichen Produkten auffangen, der beim Milchpreis eine Senkung von 4 bis 11 Pf/kg gegenüber dem Vorjahr, bei Getreide (Weizen) eine Senkung des Erzeugerpreises von 1983 bis 1989 um 17 DM/dt (von 55 auf 38 DM/dt) ausmacht?
10. Abgeordneter **Kreuzeder** (DIE GRÜNEN)	Beabsichtigt die Bundesregierung, aus den Protesten und Demonstrationen von Landwirten gegen die von ihr und der EG-Kommission getragene „Preisdruckpolitik" Konsequenzen zu ziehen und den bäuerlichen Betrieben wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu geben; welche Maßnahmen wird die Regierung konkret durchführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

11. Abgeordneter
Opel
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, der Forderung des „Verbandes der Bundeswehr-Feuerwehren e. V." auf Gleichstellung aller seiner Mitglieder mit den Berufs-Feuerwehren zu folgen und alle Bundeswehr-Feuerwehrleute sofort als Beamte zu übernehmen, wie es ein Konzept des Bundesministers der Verteidigung angeblich vorsieht?

12. Abgeordneter
Opel
(SPD)

Möchte die Bundesregierung den am 6. Dezember 1989 beschlossenen Personalabbau der Bundeswehr um fast 20% auf 420000 Soldaten durch Ausdünnung oder durch Auflösung von Dienststellen durchführen, und ist die Bundesregierung bereit, die dem genannten Beschluß angeblich zugrundeliegenden umfangreichen planerischen Untersuchungen dem Deutschen Bundestag zur Verfügung zu stellen?

13. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)

Kann aus der Tatsache, daß Ministerpräsident Engholm anläßlich des Gelöbnisses am 15. März 1990 in Heide/Dithmarschen Gelegenheit erhielt, zu Rekruten zu sprechen, geschlossen werden, daß der Erlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 2. Juli 1979 zu „Besuchen von Politikern bei der Bundeswehr" keine Anwendung mehr findet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

14. Abgeordnete
Frau Ganseforth
(SPD)

Wie hoch sind die Zahlungsrückstände der Zuschüsse an Beschäftigungsstellen von Zivildienstleistenden bis Ende April 1990, oder sind sie, wie in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 11/5484) angekündigt, erledigt?

15. Abgeordnete
Frau Ganseforth
(SPD)

Welche Höhe werden die Zahlungsrückstände am Ende dieses Jahres erreichen?

16. Abgeordneter
Kastning
(SPD)

Warum wird die sogenannte Dritte-Söhne-Regelung gemäß § 12 Abs. 4 Satz 1 Wehrpflichtgesetz und die damit neuerdings verbundene Möglichkeit, auf Antrag vorzeitig aus dem Grundwehrdienst entlassen zu werden, nicht auf Ersatzdienstleistende angewendet?

17. Abgeordneter **Kastning** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Ersatzdienstleistende künftig in die „Dritte-Söhne-Regelung" einzubeziehen, da ihr Dienst – wenngleich auch durch freiwillige eigene Entscheidung – „Ersatz"-Dienst anstelle des Wehrdienstes ist?

18. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Kann die sogenannte Dritte-Söhne-Regelung bei der Heranziehung zum Wehr- bzw. Zivildienst auch dann angewandt werden, wenn einer der Anzurechnenden einen sogenannten anderen Dienst im Ausland nach § 14b Zivildienstgesetz leistet, und wenn nein, wie wird eine solche Einschränkung gerechtfertigt, da ein solcher Dienstleistender (§ 14b ZDG) in vielen anderen Fällen (Hochschulrahmengesetz, Einkommensteuergesetz, Kindergeldgesetz) wie ein normaler Zivildienstleistender behandelt wird?

19. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär Vogt in seiner Rede zum Rentenanpassungsgesetz 1990 am 28. März 1990 vertretene Auffassung, im Gegensatz zur Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland sei eher der Sozialfürsorgesatz von 290 M in der DDR als Armut zu bezeichnen, obwohl zum gegebenen Zeitpunkt unter Berücksichtigung des hochsubventionierten Preisniveaus in der Grundversorgung mit dem Sozialfürsorgesatz in der DDR ein relativ höherer Lebensstandard gewährleistet ist als mit dem Sozialhilferegelsatz von 425 DM in der Bundesrepublik Deutschland und den hiesigen Preisen?

20. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die im Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vertretene Auffassung, „in der Mitte der Gesellschaft" bestehe eine immer stärker werdende Tendenz, Armut zu verdrängen, und wie begründet sie ihre Haltung, falls diese Auffassung nicht geteilt wird?

21. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die im Oktober 1989 von den Ministerpräsidenten der Länder beschlossene Erhöhung der Regelsätze in der Sozialhilfe um lediglich 4,6%, d. h. monatlich im Durchschnitt 19 DM, ab 1. Juli 1990 verteilt auf drei Jahre, noch dem Gebot des § 9 SGB I entspricht, den Hilfeempfängern die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen, und wie begründet sie zutreffendenfalls ihre Auffassung?

22. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Schritte zu einer entsprechenden Armutsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland einzuleiten, wie sie seit langem nicht nur von den USA und Großbritannien, sondern inzwischen auch in Frankreich und in der Schweiz vorgenommen wird?

23. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Kann die Bundesregierung die im Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes getroffene Feststellung bestätigen, Armut und Arbeitslosigkeit stellten eine Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen dar, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus insbesondere aus der Angabe, allein die Arbeitslosigkeit habe 1987 Kosten in Höhe von 59 Milliarden DM an entgangenen Steuer- und Beitragseinnahmen verursacht, bezüglich einer Weiterentwicklung des Arbeitsförderungsgesetzes zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

24. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund abnehmender Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen nach dem Fluglärmgesetz entsprechend die Schutzzone 2 in die Förderung mit aufzunehmen?

25. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß durch die Einbeziehung der Schutzzone 2 eine wesentliche Verbesserung der dort lebenden Menschen erreicht werden kann, wenn ja, wann wird die Bundesregierung diese Maßnahmen ergreifen?

26. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit über die Strahlenbelastung der Bevölkerung durch Atomstransporte zum geplanten Endlager „Schacht Konrad" zu ziehen, und kann unter diesen Bedingungen das Planfeststellungsverfahren „Schacht Konrad" in der bisherigen Form aufrechterhalten werden?

27. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Unter welchen Bedingungen kann von Atomkraftwerken das Transportbehälterlager (TBL) Gorleben zur Einlagerung abgebrannter Brennelemente in Anspruch genommen werden, und welche Atomkraftwerke sind auf Grund begrenzter kraftwerksinterner Lagerkapazitäten auf die Inanspruchnahme des TBL Gorleben angewiesen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

28. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Anregungen aus der Wirtschaft, die Engpässe im Telefonverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR durch Einbeziehung der fernmeldetechnischen Ausrüstung von Bundeswehr und Volksarmee wenigstens teilweise zu beseitigen, und welchen Entlastungseffekt verspricht sie sich gegebenenfalls davon?

29. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit das weitere Öffnen von Paketen und Päckchen im deutsch-deutschen Postverkehr und die Entnahme von Waren und Gegenständen durch Dienststellen der DDR – wie noch in der letzten März-Woche geschehen – unterbleibt?

30. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Schaden, der den Bundesbürgern bzw. den Brief- und Paketempfängern in der DDR durch derartige Kontrollmethoden entstanden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

31. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in die Wege geleitet oder erwägt sie, allein oder zusammen mit ihren EG-Partnern, um nach der Öl-Liefersperre der UdSSR gegenüber Litauen und der dadurch eingetretenen Versorgungskrise dem bedrängten litauische Volk zu helfen?

32. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Ist aus der Antwort der Staatsministerin Frau Dr. Adam-Schwaetzer auf meine schriftliche Frage vom März 1990 zu folgern, daß jedenfalls die Bundesregierung in den internationalen Gremien, in denen die Bundesrepublik Deutschland vertreten ist, die Auffassung vertritt, daß auch dem ungeborenen Kind der menschenrechtliche Schutz des Rechts auf Leben (Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948) zukommt, und wenn ja, welche dem Europarat angehörenden Staaten unterstützen diese Auffassung der Bundesregierung?

33. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf den durch die Massenflucht von Deutschen und die daran einsetzende völlige Veränderung der politischen Landschaft auf ein Mehrfaches angestiegenen Personalbedarf an den Botschaften in Prag, Budapest, Warschau und Bukarest zu reagieren, und wann kann mit einer zumindest befristeten Verstärkung gerechnet werden, damit der große Arbeitsstau abgebaut und die dringend notwendigen zusätzlichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontakte geknüpft werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

34. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Wie viele Rechnungen des Versicherungsdetektivs Mauss an seine Auftraggeber in der Versicherungswirtschaft hat das Bundeskriminalamt in welchen Zeiträumen überprüft?

35. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Auf welche Ermittlungsverfahren bezogen sich die Abrechnungen des Versicherungsdetektivs Mauss, die das BKA auf ihre sachliche Richtigkeit überprüft hat, und von wem wurden diese Ermittlungsverfahren geführt?

36. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach zwischen der italienischen und der CSFR-Regierung Einigkeit erzielt wurde, ab 1. Juli 1990 auf Ausstellung von Visa zu verzichten, und wenn ja, ab wann gibt es diese Visafreiheit, ggf. das „Schengener Abkommen" unterlaufend, auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSFR?

37. Abgeordnete **Frau Hämmerle** (SPD)

Treffen Zeitungsmeldungen von Anfang dieses Monats zu, daß unbegeleitete Minderjährige aus Sri Lanka und dem Iran, die nach Ankunft auf dem Frankfurter Flughafen um Asyl nachsuchen, dort abgeholt werden und dann „auf Nimmerwiedersehen verschwinden"?

38. Abgeordnete **Frau Hämmerle** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Praxis zukünftig zu vermeiden und das Kindeswohl während des laufenden Asylverfahrens und bei anschließendem Aufenthalt zu sichern?

39. Abgeordneter **Funke** (FDP)

Wieviel Prozent der Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz sind eingesetzt für Aufgaben im Bereich des Links- bzw. des Rechtsextremismus, des Terrorismus und sonstiger Tätigkeiten?

40. Abgeordneter **Funke** (FDP)

Hat die Bundesregierung im Sicherheitsbereich einschließlich des BND bereits personalwirtschaftliche Konsequenzen aus den polizeilichen Veränderungen in der DDR gezogen?

41. Abgeordneter **Baum** (FDP)

Wieweit sind die Überlegungen der Bundesregierung gediehen, auf Grund des Zusammenbruchs des politischen Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland die Tätigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz auch durch Verringerung des dafür eingesetzten Personals einzuschränken?

42. Abgeordneter **Baum** (FDP)

Welche Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer werden nach Kenntnis der Bundesregierung ihren Arbeitsumfang auf Grund des Zusammenbruchs des politischen Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland einschränken?

43. Abgeordneter **Lüder** (FDP)

Gibt es Gespräche, Verhandlungen oder Vereinbarungen von Dienststellen des Bundes oder der Länder mit irgendwelchen Stellen in der DDR über die Zusammenarbeit beider deutscher Staaten im Bereich der Aufgaben, für die das Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig ist?

44 Abgeordneter **Lüder** (FDP)

Gibt es solche Gespräche, Verhandlungen oder Vereinbarungen, für die der Militärische Abschirmdienst oder der BND zuständig ist?

45. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Überlegungen, im Rahmen der zunehmenden Offenheit und Öffentlichkeit politischer Auseinandersetzungen in beiden deutschen Staaten mehr Daten über den Verfassungsschutz zu veröffentlichen als bisher?

46. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Gibt es in der Bundesregierung Überlegungen, ob und wie der Verfassungsschutz bei Herstellung der deutschen Einheit organisiert werden soll?

47. Abgeordneter **Irmer** (FDP)

Gibt es Überlegungen in der Bundesregierung, die beabsichtigte Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste im Rahmen des geplanten Zusatzabkommens zum Schengener Abkommen auch auf die Zusammenarbeit mit Dienststellen der DDR auszudehnen?

48. Abgeordneter **Irmer** (FDP)

Gibt es Konsultationen der Bundesregierung mit Schengener Vertragsstaaten darüber, welche Veränderungen im geplanten Zusatzabkommen zum Schengener Abkommen hinsichtlich der Sicherheitsdienste vorgenommen werden müssen, wenn Deutschland in den Grenzen von 1990 vereinigt ist?

49. Abgeordneter **Richter** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei dem in der Regel öffentlich tagenden Parlamentsausschuß des Landes Berlin Probleme im Sicherheitsbereich aufgetreten sind, die auch für die Bundesbehörden beachtlich sein können?

50. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Aus welchen Gründen ist das Bundesministerium des Innern der Auffassung, daß einer deutschen Ehefrau christlichen Glaubens sowie ihren erwachsenen Töchtern zugemutet werden kann, als eine Voraussetzung für die von ihrem Ehemann bzw. Vater angestrebte Entlassung aus der iranischen Staatsangehörigkeit, sich mit dem Tschador verschleiert bei dem iranischen Generalkonsulat einzufinden?

51. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß iranische Behörden auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland von der bundesdeutschen Ehefrau und den Töchtern eines Iraners eine Prozedur abverlangen, die zur Erlangung der iranischen Staatsangehörigkeit führt, was wiederum eine Voraussetzung für die eventuelle Entlassung des Ehemannes bzw. Vaters aus der iranischen Staatsangehörigkeit sein soll?

52. Abgeordneter
Meneses Vogl
(DIE GRÜNEN)

Wie soll die in dem Treffen von DDR-Innenminister Diestel und Bundesminister Dr. Schäuble getroffene Aussage zur „Harmonisierung" der Ausländer- und Visapolitik gegenüber Drittländern erfolgen, und soll das von der Bundesregierung vorgelegte neue Ausländergesetz künftig zur Grundlage der Ausländerpolitik in der DDR gemacht werden?

53. Abgeordneter
Meneses Vogl
(DIE GRÜNEN)

Waren Thema der Gespräche auch die binationalen Abkommen der DDR mit Vietnam, Kuba, Mozambique und Angola, die kürzlich bekanntgewordenen Kündigungen von ausländischen Arbeitern/-innen, und welche Position vertritt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang?

54. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Wie ist der Stand der Abtsimmungsgespräche mit den Partnern des Schengener Abkommens über die Einführung der Visafreiheit im Verhältnis zur CSFR, und bis wann kann mit einem entsprechenden visafreien Verkehr mit der Tschechoslowakei gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

55. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der Tatsache, daß Mieterhöhungen im Geschäftsraumbereich eine wesentliche Ursache für die Verdrängung kleiner Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe aus den Innenstädten darstellen, Mieterhöhungen bei Neuabschlüssen von Mietverträgen gesetzlich zu begrenzen?

56. Abgeordneter
Dr. Pick
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, einen gewerblichen Mietpreisspiegel einzuführen und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Mietpreiserhöhungen für Gewerberäume künftig nur noch im Rahmen der orts- und branchenüblichen Mietentwicklung zulässig sind?

57. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Auffassung der ganz überwiegenden Zahl der Geschäftsraummieter und der Mietervereine ein dringender Handlungsbedarf zur Gewährleistung eines besseren Schutzes der Geschäftsraummieter besteht, und wird die Bundesregierung diesem berechtigten Anliegen Rechnung tragen?

58. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)

Ist die Bundesregierung zumindest bereit, den Verhandlungs- und Dispositionsspielraum kleiner und mittlerer Gewerberaummieter durch eine Verlängerung der Kündigungsfristen bei Geschäftsraummietverhältnissen zu verbessern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

59. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine ausgewogene Struktur von kleinen, mittleren und großen Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen im Interesse der Angebotsvielfalt, Leistungsfähigkeit und Qualität unserer Stadtkerne wünschenswert und notwendig ist, und wie hat sich der Anteil der kleinen Einzelhandels- und Handwerksbetriebe in den Innenstädten in den zurückliegenden zehn Jahren entwickelt?

60. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Wie haben sich die Mietkosten bei gewerblich genutzten Flächen in den letzten zehn Jahren entwickelt, und läßt sich feststellen, daß insbesondere in Stadtzentren ein überproportional hoher Mietkostenanstieg zu beobachten war?

61. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß für die große Mehrzahl aller Einzelhandelsunternehmen der Standort von existenzentscheidender Bedeutung ist, und liegen ihr Kenntnisse darüber vor, wie viele kleine und mittlere Einzelhandels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wegen der gestiegenen Mietkosten gezwungen waren, ihren Geschäftsbetrieb zu verlagern oder aufzugeben?

62. Abgeordneter
Scherrer
(SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Feststellungen des Instituts für Stadtforschung und Strukturpolitik, daß über 25% der von Kündigungen betroffenen kleinen und mittleren Gewerberaummieter wegen nicht mehr tragbarer Mietkostenbelastungen ihr Gewerbe aufgeben oder verlagern mußten, gegen den zunehmenden Mietpreisanstieg in den Innenstädten zu unternehmen?

63. Abgeordneter
Dr. Daniels (Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind die durchschnittlichen finanziellen Forderungen seitens eines Energieversorgungsunternehmen für den Netzanschluß neuer Windkraftanlagen, und in welchem Umfang sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diese Behinderung der erneuerbaren Energien, auch im Rahmen des 200 MW-Windenergieprogramms insbesondere für Privatpersonen, zu reduzieren?

Bonn, den 20. April 1990

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333